67. Jahrgang Nr. 258

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Donnerstag, 5. Juni 1919

Vor der Antwort auf die deutschen Vorschläge

Am Dienstag nach Pfingsten.

Uebergabe der Ententeantwort. — „Geringfügige Milderungen."

Versailles, 5. Juni. (Privat.)

Die Zeitungen teilen übereinstimmend mit, daß die Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge am Dienstag nach Pfingsten übergeben werden soll. Lloyd George bleibt während der Feiertage in Paris, um an den Beratungen teilzunehmen. Die Aenderungen, die von den Engländern gewünscht werden, können nach den Andeutungen, die ziemlich gleichlautend in allen Blättern zu finden sind, vielleicht in einigen Fragen zweiten Grades zugestanden werden. Die großen Linien der Friedensbedingungen aber sollen unverrückbar bleiben. Es scheint einige Aussicht zu sein, daß hinsichtlich Oberschlesiens eine geringfügige Milderung des Vertrages zu erwarten ist, doch weist „Echo de Paris" darauf hin, daß jede Einschränkung im Osten eine weitere Sicherung im Westen zur Folge haben müsse. Eine Aenderung der Bestimmungen über das Saargebiet sei nicht beabsichtigt, und die Gründung eines starken Polens verlange das Interesse Frankreichs. Die übrigen Aenderungen würden die finanziellen Bestimmungen betreffen und wahrscheinlich in der Festsetzung einer bestimmten Schuldsumme für Deutschland bestehen. Nach diesen Mitteilungen darf angenommen werden, daß es so kommen wird, wie hier vorausgesagt wurde, nur einige Tage später. Beschränken sich die Verbesserungen des Entwurfs auf so geringfügige Zugeständnisse, so bleibt der Vertrag für die Delegation unannehmbar, und die Regierung muß entscheiden.

Eine Note Lloyd Georges in Sicht.

Versailles, 4. Juni.

Die Stockungen in den Beratungen des Viererrats scheinen anzudauern. „Intransigeant" weist, wie schon viele Morgenblätter, eine große Zensurlücke auf. Nur die Ueberschrift „Lloyd George bereitet eine Note vor" und einige Zeilen von der Meldung sind stehen geblieben, aus welcher hervorgeht, daß Bonar Law im Flugzeug aus England nach Paris gekommen ist, und daß **Lloyd George eine amtliche Note vorbereitet**, die den Standpunkt Englands bekanntgeben und morgen abend oder Freitag veröffentlicht werden soll. Englische Kreise stellen nachdrücklich in Abrede, daß Lloyd George wegen seiner Antwort schon irgend einen Entschluß gefaßt habe. „Intransigeant" will bestätigen können, daß noch nichts entschieden sei. Ferner glaubt das Blatt, daß die Antwort der Alliierten vor Sonntag überreicht werde, aber man sei dessen noch nicht sicher.

Rotterdam, 4. Juni.

Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt der Lloyd George nahestehende „Daily Chronicle": Heute stehen wir am Scheidewege. Die Alliierten haben Berlin gewarnt, sie würden an ihren Friedensbedingungen keine grundsätzlichen Aenderungen vornehmen. Sollen diese Worte enger oder weiter ausgelegt werden? Mehr als ein Diplomat hat Punkte angedeutet, in denen man den Deutschen entgegenkommen könnte und sollte, ohne daß die Hauptgrundsätze des Vertrages auch nur einigermaßen abgeschwächt werden. Jeder wichtige Teil der Bedingungen ist jedoch so verwickelt und empfindlich, daß sogar die wohlmeinenden Delegierten zögern, Schritte zur Aenderung dieser Bedingungen zu tun. So hat z. B. Lloyd George lange nachdrücklich dafür gekämpft, daß Danzig internationaler Freihafen werde, um die Abtrennung von preußischen Bevölkerungsteilen bei der Regelung, die Polen einen Zugang zur Ostsee gibt, zu verhindern. Die oberschlesische Frage ist kein geeigneter Boden für Zugeständnisse, es sei denn, daß die Deutschen ihre bisher aufrechterhaltenen Ansprüche auf den Besitz dieses Gebietes fallen lassen und sich auf die wirtschaftlichen Bedingungen beschränken. Wahrscheinlich wird an dem Vertrage nichts geändert werden, was eine Milderung der Auffassung bedeutete, über die man sich in allen Kreisen der Alliierten einigt ist, nämlich, daß der Krieg eine Missetat war, für die das deutsche Volk die moralische und, soweit möglich, auch die materielle Verantwortung zu tragen hat. Wenn sie auch von Deutschland ritterlich anerkannt wird, dann **kann die Anwendung gemildert werden**, jedoch nicht in einem Maße, das dazu führt, daß die Deutschen weniger **leiden, als die Opfer ihres Angriffes.**

Der Viererrat einig?

Versailles, 4. Juni.

Die „Echo de Paris" mitteilt, ist der Viererrat durchaus einig über den Sinn der Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge, welche, fern von jeder Schwäche, sich durch Festigkeit auszeichnen werde; ihr Wortlaut werde in der morgigen Sitzung festgestellt werden. Man erwartet, daß sie den deutschen Delegierten Ende der Woche zugestellt werden kann.

Ausweisung hessischer Landtagsabgeordneter aus dem besetzten Gebiet. Wie die „Frankfurter Zeitung" hört, ist dem hessischen Landtagsabgeordneten Meiser von der französischen Behörde befohlen worden, das besetzte Gebiet sofort zu verlassen. Das gleiche Schicksal traf eine große Anzahl von Schullehrern, die sich an dem Streik am letzten Montag beteiligt hatten.

Gefährdung der Friedensverhandlungen.

Graf Rantzaus Protest an Clemenceau.

Berlin, 5. Juni.

Die nachstehende Note betreffend die Loslösung der Rheinlande und der Pfalz wurde unter der Beifügung der Note, die Reichsminister Erzberger an den General Nudant gerichtet hatte, dem Präsidenten Clemenceau überreicht:

Herr Präsident! Die deutsche Delegation hat in den letzten Tagen sowohl durch die Presse als durch unmittelbare Nachrichten aus Deutschland Kenntnis davon erhalten, daß in den Rheinlanden und der Pfalz Bestrebungen im Gange sind, zu dem Zweck, diese Gebiete vo Deutschland loszulösen und zur selbständigen Republik zu machen. Die Bestrebungen werden von den militärischen Behörden der Okkupationsmächte nicht nur geduldet, sondern sogar offen unterstützt. Deutsche Beamte, die pflichtgemäß gegen diese Umtriebe einschreiten und sie nach den bestehenden deutschen Gesetzen wegen Hochverrats zur Verantwortung ziehen, werden von den Besatzungsbehörden ihrerseits verfolgt und mit Ausweisung bedroht. Einzelheiten, die wegen der Absperrung der rheinischen Gebiete vom übrigen Deutschland nicht mit Genauigkeit nachgeprüft werden können, sind in der hier abschriftlich beigefügten Note des Reichsminister Erzberger an den General Nudant vom 2. d. Mts. enthalten.

Die deutsche Delegation macht die alliierten und assoziierten Regierungen darauf aufmerksam, daß **die Duldung und Beförderung von Bestrebungen**, die zur Ablösung der westlichen Gebiete vom Reiche führen sollen, **in hohem Maße geeignet ist die Verhandlungen über die Beschlüsse des Friedens und die Durchführung seiner Bedingungen zu stören.** Ein solches Verhalten der Okkupationsbehörden würde überdies in schroffem Widerspruch zu der Bestimmung des Artikels römisch fünf Abs. 2 des Waffenstillstandsabkommens stehen, die offenbar davon ausgeht, daß die Zuständigkeit der bisherigen Verwaltungsbehörden dieser Gebiete unangetastet bleibt, und daß die militärische Besetzung durch die Gegner die Zugehörigkeit der Gebiete zum Reich in keiner Weise berührt.

Dazu kommt, daß Deutschland die Lasten, die es im Friedensvertrag auf sich nehmen will, nur tragen kann, wenn die territorialen und wirtschaftlichen Unterlagen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit unangetastet bleiben. Es bedarf keiner Ausführung **daß die Abtrennung von Gebieten mit so großer Bevölkerungszahl und so hoch entwickelter Industrie wie die der Rheinlande die Grundlagen des deutschen Friedensangebots erschüttern müssen.** Wenn also die Behörden der Okkupationsmächte, die den Abfall der Rheinlande befördern, der Meinung sind, daß sie dadurch den Interessen der alliierten und assoziierten Regierungen dienen, so vergessen sie, daß sie zwar vielleicht den tatsächlichen Machtbereich dieser Regierung für den Augenblick vergrößern, zugleich aber die rechtlichen Sicherheiten verringern, die ihnen für die Durchführung der Friedensbedingungen haften sollen.

Hiernach richtet die deutsche Friedensdelegation an die alliierten und assoziierten Regierungen **das ausdrückliche Ersuchen**, die im Vorstehenden gekennzeichneten Vorgänge alsbald aufzuklären und dafür Sorge tragen zu wollen, daß die **militärischen Behörden** der Okkupationsmächte im Rheinegebiet **unverzüglich und mit allem Ernste auf das gefährliche ihres mäßigenden politischen Eifers hingewiesen und abgehalten** werden, einerseits den deutschen Behörden bei der pflichtgemäßen Bekämpfung dieser Bestrebungen keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Brockdorff-Rantzau.

Die „Regierung" der rheinischen Republik.

Das Kabinett Dorten. — Unter dem Schutze der Franzosen.

Frankfurt a. M., 5. Juni.

Nach seinem Leitblatt, der „Rheinischen Volkszeitung", hat Dr. Dorten nunmehr eine Regierung gebildet. Diese steht so aus: Dr. Dorten Vorsitz, Geermann Justiz, Dr. Klingenschmitt Kunst und Wissenschaft, Klaus Krämer Schulwesen, Adolf Krämer Volkswohlfahrt, Dr. Liebing Finanz, Wünites Inneres, Salm Landwirtschaft und Volkserniährung. Die Dortensche Regierung stellt sich ihrem Volke vorsichtigerweise bisher nur in den sicheren Spalten des Zentrumsblattes mit einer Kundgebung vor.

Wiesbaden, 5. Juni.

Gestern fand in Mainz zwischen den Generalen Mangin und Robertson in der Angelegenheit der Errichtung der Republik eine Konferenz statt, an der auch der Vertreter des abgegangenen Wiesbadener Regierungspräsidenten Oberregierungsrat Springorum teilnahm. Man sieht dem Ergebnis natürlich mit ganz besonderem Interesse entgegen. Der neue Präsident Dorten hält sich nicht in seiner Residenz auf, da ihm Wiesbaden wegen der Drohungen der Arbeiter zu unsicher geworden ist. Er wohnt in Biebrich. Bei seinen Ausflügen **begleiten ihn zwei französische Offiziere zu seinem Schutze.**

Die Gegenvorschläge der deutschen Regierung zu den Friedensbedingungen sind soeben zu dem Preise von 1,80 M. im Verlag von Reimer Hobbing in Berlin erschienen. Das Buch enthält den vollständigen amtlichen Text, der bisher der Oeffentlichkeit nicht bekannt gegeben war.

An die Demokraten in Ost und West.

Aufruf der deutsch-demokratischen Fraktion.

Berlin, 5. Juni. (W. T. B.)

Die Deutsche demokratische Fraktion der deutschen Nationalversammlung hat gestern den einstimmigen Beschluß gefaßt, sich an ihre Freunde in den bedrohten Gebieten im Osten und Westen mit folgenden Aufrufen zu wenden:

Die Mitglieder der Deutschen demokratischen Partei der Nationalversammlung senden euch, unseren Freunden und Gesinnungsgenossen im bedrohten Osten unseres Vaterlandes, in dieser Schicksalsstunde treudeutschen Gruß und die Versicherung, daß wir mit unserem Herzen bei euch sind, und daß euch unsere einmütige Sorge und Arbeit gilt.

Hunderttausende von Deutschen sind in höchster Gefahr, mit einem Teile des Posener Landes, obwohl dieses dank ihrer Arbeit und ihrer Tüchtigkeit wirtschaftlich und kulturell einen überwiegend deutschen Charakter aufweist, unter polnische Herrschaft zu kommen.

Wir sind uns der hohen nationalen Pflichten voll bewußt, die uns für euren Schutz und die Erhaltung eures Deutschtums in der Zukunft erwachsen, wenn dieses Unheil unabwendbar sein sollte.

In Ost- und Westpreußen, in Posen und Oberschlesien sind weitere Millionen von Deutschen durch die Begehrlichkeit unserer Feinde bedroht.

Unsere Freunde sollen wissen, **daß wir unseren ganzen Einfluß aufbieten, damit Regierung und Nationalversammlung die berechtigten Wünsche und Interessen dieser Gebiete mit allem Nachdruck wahrnehmen** und namentlich auch alles tun, um sie vor dem unmittelbar drohenden Zugriff der Feinde zu schützen.

*

Die Deutsche demokratische Fraktion der Nationalversammlung sendet den Freunden und Gesinnungsgenossen im besetzten Gebiet der **Westmark** brüderlichen deutschen Gruß.

Wir wissen, daß die Demokraten am Rhein sich durch Einflüsterungen der Gegner, verräterische Vorspiegelungen landfremder Elemente und durch eigensüchtige, irreführende Gedankengänge nicht von der Treue zu unserem gemeinsamen Vaterlande abdrängen lassen. Wir kennen ihre Standhaftigkeit, Entschlossenheit, Vaterlandsliebe und Besonnenheit. Diese demokratischen Tugenden werden auch in dieser schwersten Stunde unseres Volkes den Rheinländern den richtigen Weg weisen.

Unsere ernste Sorge und unser fester Wille war und ist es, unseren Brüdern vom Rhein und insbesondere von der Saar zu ihrem Rechte zu verhelfen. Die Nationalversammlung wird alles tun, um die berechtigten Wünsche und Interessen der einzelnen Teile, Schichten und Gruppen des deutschen Volkes durchzusetzen. Das gilt von euren wirtschaftlichen Wünschen, **es gilt aber namentlich von den Friedensbedingungen.** Die Nationalversammlung hat vor Gegenwart und Zukunft die Pflicht, das Deutsche Reich vor dem Zerfall zu schützen. Rheinländer, helft dazu! Ihr dient damit euch und euren Kindern.

Auf die Rheinländer sind die Blicke der ganzen Welt gerichtet. Die Rheinländer werden vor dem Urteil der Mitwelt und der Geschichte bestehen.

Für den Vorstand:
Payer.

Zunehmendes Streikfieber in Frankreich.

Beginnende Einigungsverhandlungen.

Versailles, 4. Juni.

Die Ausstandsbewegung in Frankreich hat, wie die Blätter mitteilen, **gestern noch an Umfang zugenommen.** In den Vororten von Paris allein feiern 250 000 Arbeiter. Die Omnibus- und Straßenbahnangestellten, die gestern die Arbeit niedergelegt hatten, haben gestern abend in stark besuchten Versammlungen beschlossen, mit den Metallarbeitern und den Untergrundbahnern gemeinsame Sache zu machen und gleichfalls den Allgemeinausstand für das ganze Pariser Gebiet auszurufen. Untergrundbahner und Metallarbeiter haben gestern nachmittag in einer Massenversammlung im Bois de Boulogne einstimmig beschlossen, nicht zu arbeiten, bis ihre Forderungen bewilligt seien. Laut „Matin" werden die Elektrizitätsarbeiter und Eisenbahner des Pariser Gebiets zu dem großen Ausstand Stellung nehmen und sich möglicherweise der Bewegung anschließen.

Laut „Humanité" stellt sich die Regierung in den Dienst der Sache der Arbeitgeber; so wären verschiedene Arbeiter einer Metallfabrik in Neuilly benachrichtigt worden, **man werde sie einzeln und in Kolonialregimenter stecken, falls sie die Arbeit nicht wieder aufnähmen.** In der Metallbranche scheinen Unterhandlungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern bevorzustehen: heute vormittag werden beider Vertreter im Arbeitsministerium zusammentreten. Die Arbeitgeber scheinen auf die Forderungen der Metallarbeiter eingehen zu wollen.

Allgemeiner europäischer Streik von zwei Tagen.

Versailles, 5. Juni.

Laut „Bon Soir" werden die Führer der englischen, italienischen und französischen sozialistischen Partei, die bereits kürzlich in Mailand zusammengekommen sind, in etwa acht Tagen in Paris wieder zusammentreten, um den Arbeitergewerkschaften der drei Länder einen allgemeinen europäischen Ausstand von ein oder zwei Tagen vorzuschlagen. Die sogenannten Führer beabsichtigen, durch diese Riesenkundgebung die Kraft der Arbeiterklasse und den Willen der Arbeiterschaft, sich

jedem Einschreiten in Rußland zu widersetzen, zu beweisen.

Eine Herausforderung des Rechtsempfindens.

Der flüchtige Oberleutnant Marloh.

Zu der Flucht des Oberleutnants Marloh muß, wie berichtet, das offiziöse Beschönigungsinstitut W. T. B. unter anderem verlauten lassen:

„Durch gerichtlich vernommene Zeugen ist weiter festgestellt, daß Marloh, den bis dahin jeder Fluchtgedanke ferngelegen hatte, durch einen Artikel der „Freiheit" vom 27. Mai „Gute Zeiten für Mörder" in Unruhe versetzt und dadurch offenbar mit veranlaßt worden ist, sich zu entfernen."

Woher weißt du? Wir können dieser Beweisführung keinen Glauben schenken, sondern vermuten das Nächstliegende. Ein guter Freund des Oberleutnants Marloh aus den Kreisen, die über den Gang der Untersuchung Bescheid wußten, — und warum sollte der geflüchtete Oberleutnant, der bis zuletzt in Offizierskreisen verkehrte, einen solchen dort nicht haben —, hat ihm den Wink gegeben, daß die Verhaftung bevorstände, und daß es daher jetzt Zeit sei, zu verduften. Das liegt so nahe, daß trotz der in die Ferne schweifenden Ausflüchte des offiziösen Beschwichtigers dieser den Gedanken selbst streift und den guten Freund mit der Einleitung eines Ermittelungsverfahrens darauf aufmerksam macht, auf der Hut zu sein. Es ist Zeit, daß die Regierung endlich mit eiserner Faust zupackt und dem Treiben dieser Militaristenclique ein Ende macht. Selbst der „Vorwärts" gibt seinen Leuten in der Regierung diesen wohlmeinenden Rat. Er schreibt zu der Flucht des Oberleutnants unter anderem: „Monatelang ist er frei in Berlin herumgegangen und jetzt, wo man ihn verhaften will, ist er plötzlich fort. Das heißt, daß ihm der Erlaß des Haftbefehls vorher von irgendeiner Seite wohlwollend mitgeteilt worden ist. Und volle vier Tage nach seiner Flucht wird die Bekanntmachung erlassen. Eine erneute freche Herausforderung und Verhöhnung des öffentlichen Rechtsempfindens. Wir machen nicht die Regierung dafür verantwortlich, wenn irgendwo in der Hitze des Gefechts Mißgriffe einzelner geschehen. Wenn aber wochen- und monatelang nachher es möglich ist, daß eine kleine Verbrecherclique mit Gemütsruhe der Justiz ein Schnippchen nach dem anderen schlägt, dann rufen wir ihr warnend zu: Eine Regierung, die hier nicht mit eiserner Faust zupackt und das ganze Nest aushebt, die derartiges ungesühnt geschehen läßt, muß ihr Ansehen verlieren!" — Ganz unsere Meinung.

Hedwig Dohm †. Fast 86 Jahre alt ist Hedwig Dohm, die unentwegte Vorkämpferin für Frauenbewegung, die älteste Berliner Schriftstellerin, in ihrem Berliner Heim gestorben. Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts hat sie — neben Henriette Goldschmidt — konsequent für die soziale Hebung und politische Gleichberechtigung der Frau gestritten. Sie hat noch kurz vor ihrem Lebensende die Genugtuung erlebt, daß diese Ideale erreicht und verwirklicht wurden, die einst als geradezu revolutionär galten; daß das in die Tat umgesetzt wurde, was Hedwig Dohm 1876 in ihrem Buche „Der Frauen Natur und Recht" verlangte und was damals noch die Mehrzahl der deutschen Frauen ablehnte. Auch als Verfasserin zahlreicher Romane und Lustspiele, die heute allerdings meist vergessen sind, sprach Hedwig Dohm zu ihren Zeitgenossen. Ihr langjähriger, glücklicher Ehe war sie mit Ernst Dohm, dem geistvollen, kampflustigen „Kladderadatsch"-Redakteur vermählt.

Neukölln erhebt 260 v. H. Die Neuköllner Stadtverordnetenversammlung setzte gestern die Etatsberatungen fort. Nach mehr als dreistündiger Debatte wurde unter Verzicht auf die Spezialdebatte der Haushaltsplan gegen die Unabhängigen angenommen. Beschlossen wurde die Erhöhung des Gemeindeeinkommensteuerzuschlages von 180 auf 260 v. H. und der Grundsteuer von 3 auf 3,5 vom Tausend bzw. von 6 auf 7 vom Tausend des gemeinen Wertes der bebauten bzw. unbebauten Grundstücke sowie der Hundesteuer von 50 auf 50 Mark. Dem Antrage des Magistrats auf Erhöhung der Beihilfe für die Kriegshilfskräfte wurde zugestimmt unter Bewilligung der Mehrausgaben in Höhe von rund 800 000 Mark.

Im Kampf gegen den Schleichhandel. Daß es sich in dem Kampf, den das Landespolizeiamt gegen den Schleich- und Kettenhandel führt, um sehr erhebliche Werte handelt, möge aus einigen Zahlen vorgehen. Im Monat März sind von Beamten des Landespolizeiamts allein Waren im Gesamtwerte von 2 750 000 Mark beschlagnahmt worden, die im Schleich- und Kettenhandel vertrieben wurden. Davon entfallen auf Fleischwaren solche im Werte von 175 000 Mark, Käse 197 000 Mark, Wäsche- und Wirkwaren über 1 Million, Tabakwaren ½ Million. Im Monat April wurden Waren im Gesamtwerte von über 1 Million Mark beschlagnahmt, davon Lebensmittel über 200 000 Mark, Wein etwa 75 000 Mark, Tabakwaren über 400 000 Mark. Außerdem aber wurden im Monat April allein gefälschte Bezugscheine auf die Waren von 10 Millionen Mark bezogen und der Allgemeinheit zu Wucherpreisen zugeführt werden sollten, ermittelt und beschlagnahmt. Ueber den Monat Mai liegen abgeschlossene Zahlen noch nicht vor, doch waren die im Mai beschlagnahmten Werte höher, als in den Vormonaten. Eine nicht unbeträchtliche Rolle spielte die Beschlagnahme von 22 500 Mark gemünzten Goldes, die von Schleichhändlern zum Betreiben ihrer Geschäfte zusammengebracht waren.

Die Kommunalisierung der Straßenbahn.

Forderungen der Angestellten.

Die Verhandlungen über die Erwerbung der Großen Berliner Straßenbahn durch den Verband Groß-Berlin sind gemäß dem gestrigen Beschluß der Verbandsversammlung sofort aufgenommen worden. Der hierfür eingesetzte Sonderausschuß von einundzwanzig Mitgliedern ist unmittelbar nach der Sitzung der Verbandsversammlung zusammengetreten, um die zunächst zu unternehmenden Schritte zu besprechen. Wie wir erfahren, findet bereits am Sonnabend im Berliner Rathause eine Besprechung des Sonderausschusses mit den Vertretern der Großen Berliner Straßenbahn statt. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft wird sich heute mit dem Beschluß der Verbandsversammlung über die Erwerbs- und Tariffrage beschäftigen.

*

Infolge der Tatsache, daß die Groß-Berliner Gemeinden ihren Angestellten eine neue Entschuldungsbeihilfe von 1200 Mark für Verheiratete und von 1100 Mark für Unverheiratete bewilligt haben, sind, wie wir hören, auch die Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn an die Direktion mit dem Ersuchen herangetreten, ihnen eine Beihilfe in gleicher Höhe zu gewähren. Für das Unternehmen würde das eine Ausgabe von 12 Millionen Mark bedeuten. Sollte die Forderung nicht erfüllt werden oder angesichts der ungewissen weiteren Tarifgestaltung nicht erfüllt werden können, so ist angeblich mit einem Streik der Straßenbahner zu rechnen.

Arbeitslosenversammlungen. Fünf große Arbeitslosenversammlungen fanden dieser Tage in den verschiedensten Stadtteilen Berlins statt. Die Tagesordnung war überall die gleiche: Bericht des Arbeitslosenrates, an den sich eine Diskussion schloß. In Moabit war der große Saal der Patenhofer Brauerei überfüllt. In seinem Bericht wies Riedel vom Arbeitslosenrat darauf hin, daß in der vorigen Versammlung Beschlüsse gefaßt worden sind, über Verweigerung der Mietszahlung und über Beschaffung der ausländischen Lebensmittel durch die Gemeinden. Die Behörden haben sich ernstlich mit diesen Forderungen befaßt, ein Beweis, daß jetzt ein anderer Wind wehe. Redner teilte die Beschlüsse des Demobilmachungsausschusses hierzu mit und verlas die Eingaben des Ausschusses an das Reichsarbeitsministerium und an das Reichsernährungsministerium. Aber auch die Hauswirte sind veranlaßt worden, sich hierzu gutachtend zu äußern, und haben sich dahin ausgesprochen, daß die Mietsunterstützungen direkt an die Hauswirte und nicht an die Erwerbslosen gezahlt werden sollen. (Unruhe.) Auch mache sich noch immer bei den Behörden die alte Bureaukratie bemerkbar. Die Arbeitslosen hätten noch einen schweren Kampf vor sich. Wenn man sähe, daß sie ernst machen, dann würden auch die Forderungen der Erwerbslosen durchgesetzt werden können. Zum Schluß warnte der Redner vor Provokationen, die befürchtet werden müßten. Die Zeit sei nahe, da sich die ganze Arbeiterschaft, nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die Arbeitenden zur Tat erheben würden. Da müßten alle bereit sein. (Lebhafter Beifall.) Nach einer längeren Diskussion, in der Redner der verschiedensten Richtungen zum Worte kamen, wurde eine Entschließung gefaßt, in der die Arbeitslosen verlangten, daß innerhalb acht Tagen ihre Forderungen erledigt sein müßten. Ein weiterer Antrag, dahingehend, daß in den Betrieben alle Arbeiter zwischen 24 und 44 Jahren, die nicht mindestens 6 Monate eingezogen waren, ihre Stellungen den arbeitslosen ehemaligen Kriegsteilnehmern räumen sollten, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Darauf gingen die Versammlungsteilnehmer in Ruhe auseinander.

Ein Reichstarif in der Tapeten- und Buntglaspapierindustrie. Zwischen dem Arbeiterverband der Papier verarbeitenden Industriellen, Fachgruppe: Tapeten- und Buntglaspapierfabrikation, und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands ist am 4. Juni 1919 ein ein Reichstarif abgeschlossen worden zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Tapeten- und Buntglaspapierindustrie.

Die Ueberführung der Leiche Rosa Luxemburgs.

Nachdem die Notagweisierung der Leiche Rosa Luxemburgs am gestrigen Tage einwandfrei erfolgt ist, hat das Kriegsgericht des Gardekavalleriekorps sofort die Freigabe der Leiche zum Zwecke der Beerdigung veranlaßt. Kriegsgerichtsrat Erhard hat der ehemaligen Sekretärin und Freundin der Toten einen offiziellen Beerdigungsschein ausgehändigt. Gleichzeitig ist das Garnisonlazarett Jossen von der zu Recht erfolgten Freigabe der Leiche telegraphisch in Kenntnis gesetzt worden. Noch heute wird ein Krankenautomobil nach dem dortigen Lazarett beordert werden, um den Leichnam nach Berlin zu überführen. Ein Einspruch durch Reichswehrminister Noske gegen die Ueberführung und Beerdigung in Berlin steht nicht zu erwarten, obwohl ein solcher auf Grund des Belagerungsgesetzes erfolgen könnte. Wie ferner von dem Rechtsbeistand der Familie Luxemburg, Rechtsanwalt Dr. Weinberg, mitgeteilt wird, ist der Termin der Beisetzung noch nicht festgesetzt. Zwischen den Parteileitungen der Kommunistischen Partei und U. S. P. D. werden augenblicklich Verhandlungen über die Beerdigungsfeierlichkeit gepflogen.

Der Park von Babelsberg gesperrt. Die Gemeindeverwaltung Nowawes macht bekannt, daß das Finanzministerium den gesamten Park Babelsberg gesperrt hat. Der Grund liegt darin, daß das Publikum dort in unverantwortlicher Weise gebaut hat.

Gegen die Bedrohung der Geistesfreiheit. Im Hotel Excelsior fand Dienstag nachmittag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Regierungsrats Professor Dr. Leidig eine Besprechung von Vertretern der Vorstände aller großen Organisationen auf dem Gebiete von Kunst, Wissenschaft, Literatur, Theater und Film schaffende statt, um gegen die durch den abgeänderten Artikel 10 des Entwurfes der neuen Reichsverfassung ausgesprochene Bedrohung des Geistesdseins Stellung zu nehmen. Dieser Verfassungsartikel will die Freiheit der Meinungsäußerung durch Wort, Schrift, Druck und Bild nur „innerhalb der Schranken der guten Sitten" zulassen. Gegen diese kautschukartige unmögliche Bestimmung nahmen in einbrudsvollen Worten u. a. Ludwig Fulda für den Goethe-Bund und für den Verband deutscher Bühnenschriftsteller Stellung. Fulda wies in seiner Rede darauf hin, daß, wenn jetzt endlich die Schranken für die Freiheit der Kunst gefallen seien, nicht neue wieder aufgerichtet werden dürfen. Diese Bestimmung, welche die Mehrheit des Verfassungsausschusses in die Verfassung hineingeschrieben hat, sei ganz unmöglich. Dieser Begriff „innerhalb der guten Sitte" sei unmöglich. Die Kunst müsse frei sein. So wie der bildende Künstler den nackten menschlichen Körper darstelle, so zeige die dramatische Dichtkunst die nackte menschliche Seele. Der Goethe-Bund werde daher gegen diese, durch den Verfassungsartikel bedrohte Freiheit des künstlerischen Schaffens mit äußerster Energie kämpfen. Allerdings bedeute freie Kunst nicht freie Unkunst. Daher müsse die wahre Kunst Schmutz und Schund abschaffeln. Es wurde völlig genügen zu sagen, „innerhalb der allgemeinen Gesetze" habe jeder Deutsche das Recht, sich frei zu äußern. Dann die allgemeinen Gesetze bewegen sich doch innerhalb der guten Sitten. Zum Schluß machte Fulda noch darauf aufmerksam, daß die Zensur immer daneben gegriffen habe. Helfen könne nur die Selbstdisziplin, die an Stelle der Zensur treten müsse.

Gegen den Artikel nahmen ferner Stellung Rechtsanwalt Dr. Frankfurter für den Deutschen Bühnenverein, Abgeordneter Dr. Leidig, Seckelsohn und Kahn für die vereinigten Verbände der deutschen Filmindustrie, Hans Brennert für den Verband deutscher Filmautoren und Abgeordneter Ruschke.

An der Börse machte sich heute angesichts der bevorstehenden Antwort der Entente große Zurückhaltung in der Geschäftstätigkeit geltend. Im allgemeinen war jedoch bei nicht ganz einheitlicher Stellungnahme der Grundton der Haltung zuversichtlich. Am Montanwerte tendierten meistens Werte mit Ausnahme von Phönix Bergwerks-Akt.-Ges., schwächer.

Devisenkurse.

Telegraphische Auszahlungen	5. 6. Geld	5. 6. Brief	4. 6. Geld	4. 6. Brief	Telegraphische Auszahlungen	5. 6. Geld	5. 6. Brief	4. 6. Geld	4. 6. Brief
Holland ... Fl	569	569 3/4	555	5.54 1/2	Wien ... Kr	65.55	54.55	54.45	4.55
Kopenhag. Kr	362	362 3/4	329	329 1/2	Budapest . Kr	—	—	—	—
Stockholm Kr	354	354 1/2	321	321 1/2	Konstantinopel	—	—	—	—
Christiania Kr	348	348 3/4	345	345 3/4	T.P				
Helsingfors ...	127 3/4	128 1/4	127 3/4	128 1/4	Madrid . . Pes.	263	254	265	254
Schweiz ... Fr.	171	171 3/4	74	174 1/2	Barcelon. .				

Verantwortliche Redakteure: für äußere Politik: Dr. Erich Marx-Charlottenburg; für innere Politik: i. V. Friedrich Wulle-Berlin-Südwest; für Kommunales, Groß-Berlin, Gerichtszeitung und den Übrigen Teil: Heinrich Heppenheimer-Berlin; für Feuilleton und „Kühle Unterhaltungsbeilage": Georg Siegert-Zehlendorf; für den Inseratenteil: Paul Gräb-Berlin-Lichterfelde.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Berliner Volks-Zeitung
Nr. 117 Tägliches Unterhaltungs-Blatt Nr. 117

Der Wanderer.

Roman

(Copyright 1919 by Rudolf Mosse Berlin SW 19.)

[22. Fortsetzung.] Von [Nachdruck verboten.]

Paul A Kirstein.

Ganz stolz saß sie dann neben ihm. Und wie sie gingen, meinte sie: „Da oben seh' ich dich auch noch. Wenn ein solcher Künstler dich ausbildet, muß etwas Großes in dir stecken."

Am nächsten Morgen kaufte er sich das Buch und begann zu studieren. Organübungen waren es, die vormittags und nachmittags mit Auf- und Abschwellen des Tones je zwei Stunden am Klavier vorzunehmen waren. Sie mochten für den Uebenden von außerordentlichem Nutzen sein, aber für die anderen, die zuzuhören gezwungen waren, bedeuteten sie eine schier endlose Plage.

Und es war gar nicht zu verwundern, daß diese Uebungen nach wenigen Tagen Zank und Streit hervorriefen. Selbst Mutter Bockelmann war mit diesem Teil des Studiums nicht einverstanden. Wenn ihr Sohn Rollen lernte oder sie laut vor dem Spiegel probierte, klang ihr sein Organ so schmelzend und voller Zauber, daß er mit dem Gebrüll es nur verderben konnte.

Sie sagte es ihm schließlich. Nicht so sehr aus eigenem Antrieb, als weil die anderen sie dazu nötigten.

Heinz klappte verstimmt den Deckel zu, vom Buch wie vom Klavier, und stürmte fort. Man erschwerte ihm wirklich alles!

Er klagte es seinem Lehrer.

Hellberg lächelte von seiner Höhe herab:

„Ja, junger Mann . . . das ist so. Was ein Künstler tut, mißfällt fast immer dem Bürger. Womit durchaus noch nicht gesagt ist, daß Sie schon ein Künstler sind! Warum wollen Sie überhaupt zum Theater gehen", fügte er ohne Uebergang hinzu. „Soviel orden'liche, ehrliche Berufe gibt es, und Sie wählen sich ausgerechnet den, den ein böser Gott in besinnungslosem Zorn ersonnen hat! Sie stammen aus gutem Hause. Sie haben einen Onkel, der Geld hat — der Geld hat . . und wollen zum Theater! Zum Theater!" Dreimal schlug er sich mit der Faust vor die Stirn. „Das ist doch Wahnsinn!"

Heinz sank der Mut. Er witterte hinter diesem unerwarteten Ausbruch eine Ablage. Eine Andeutung, daß er vielleicht nicht genügend Talent besäße — . . .

„Von klein auf war es mein Wunsch," antwortete er leise. Und er erzählte von seiner Mitwirkung bei den Studentenaufführungen, von seinen Vorträgen in der Schule, von dem Beifall, den er immer gehabt hätte, und wie er schließlich zum Zirkus gelaufen sei, nur um wenigstens etwas von Künstlerluft zu atmen.

Interessiert sprang Hellberg auf:

„Donnerwetter, so einer sind Sie! — So einer! Donnerwetter . . . Das hätte ich Ihrem guten Onkel gar nicht zugetraut. Das ändert ja die ganze Sache. Nun mal ran! Nun mal etwas ganz Großes! Und sprechen Sie's, als wäre außer Ihnen kein Mensch auf der luftbeschwingten, weiten Welt."

Von dem Augenblick an begann für Heinz der eigentliche Unterricht. Er spielte sich anders ab, als es sonst gemeinhin üblich war. Heinz glaubte nicht blindlings, was sein Lehrer sagte. Er fragte, er stritt — und oft konnten sich Lehrer und Schüler nicht einigen.

Aber das hatte zur Folge, daß sich beide menschlich näherraten, daß von der Künstlernatur des reifen Mannes viel auf den jüngeren überging, und daß dessen Wesen sich fester und enger dem neuen Ziele anpaßte.

VIII.

„Ich möchte Ihren Freund wohl einmal kennen lernen," sagte Hellberg, als Heinz mit ihm nach einer Probe durch die Straßen ging. „Er scheint mir etwas von einer Ibsenschen Gestalt zu haben — und das ist sehr interessant."

Das war wenige Tage, nachdem Hellberg bitterlich geklagt hatte: er müsse sparen, weil sonst seine arme Frau und seine sieben Kinder einmal verhungern müßten. Er hatte daraufhin jeden Nachmittag den Kaffee schwarz getrunken und so täglich zehn Pfennig für Milch erspart.

Jetzt warf er sich in die Brust:

„Selbstverständlich gehen wir in eine Weinstube. Ich habe mir jetzt so lange alle Genüsse versagt, daß ich mir auch einmal wieder etwas leisten kann. Ihr seid natürlich meine Gäste!"

Und so war es auch. Er hielt sie nicht nur in der Weinstube frei, er nahm sie hinterher auch an den Künstlerstammtisch in einer Bierstube mit und zahlte auch dort für sie, so sehr sich auch Arnold dagegen sträubte.

Hellberg wehrte das alles ab.

„Pfui," rief er, „um schnödes Geld so viele Worte! Habe ich darum gespart und gespart? Man lebt nur einmal! Man genießt nur einmal diese süße Gewohnheit des Daseins und — und . . . morgen habe ich keine Probe."

Viel kam sonst bei diesem Zusammensein nicht heraus. Der große Künstler war augenblicklich bei der zweiten Phase des Männergeschlechts: er sprach nur vom Essen und Trinken. Arnold lächelte dazu. Ihm war das alles so gleichgültig, so nebensächlich. Er dachte an ganz andere Dinge und wunderte sich, daß er es so lange bei diesem inhaltlosen Gerede aushielt.

Nur Heinz machte große und erstaunte Augen. Die Welt, in die er heute geführt worden war, erschien ihm so bedeutsam und wundervoll, daß man schon allein um ihretwillen Künstler werden sollte. Ihm war jeder einzelne am Tisch interessant. Er lachte über jeden Witz und freute sich an jeder Anekdote. Und wie zwanglos war alles! Jeder Unterschied in Stellung und Alter schien ausgelöscht, jeder war wie der Bruder des anderen, jeder mindestens wie sein bester Freund.

Am nächsten Tage erzählte er es seinem Lehrer. Der schlug die Hände zusammen:

„Ach, du lieber Gott!"

Und nach einem Weilchen:

„Sie großes Kind! Hätten Sie eine Ahnung!"

Und abermals nach einer Pause:

„Gehen Sie nur mal erst öfter hin! Dann wird sich Ihr Eifer legen. Und wenn es eine Möglichkeit gibt, Ihnen dieses unselige Theater aus dem Kopf zu bringen, wird es vielleicht — hm — dieser Stammtisch sein."

Das klang nun zwar nicht sehr verlockend, aber Heinz hörte aus dem allen nur das, was er gern hören wollte. Und es war wie ein Gebot für ihn: Du sollst zum Stammtisch gehen!

Aber wie? Darüber sann er auf dem Heimweg mit angestrengten Kräften nach. Das Geld, das er hin und wieder von Hause zugesteckt erhielt, es langte nicht weit, und die Geschäfte, die er anfänglich mit den Freikarten gemacht hatte, flauten etwas ab. Es gab eben Stücke, da brachten einen leine zehn Pferde hin, geschweige denn ein Omnibus oder die Straßenbahn.

Nein, jetzt hatte dieses zweite Billet eigentlich nur noch Wert für ihn, wenn er auf Liebesflügeln schwebte. Jedoch auch da gab es zu wenige, die sich nur mit einem Kunstgenuß begnügen wollten, und sehr viel anderes hatte er nicht zu bieten.

Wie denn überhaupt seine ganze Situation allmählich recht sonderbar wurde! Es war ja gewiß schön und gut, Rollen zu studieren und Fortschritte zu machen, und auf Anfragen sagen zu können:

„Ich gehe zur Bühne. Hellberg bildet mich aus!"

Allein einen gewissen Hintergrund mußte doch auch diese Zeit haben! Er konnte doch nicht — wirklich wie ein Schüler — um alles was er brauchte bitten müssen.

Er mußte also irgendwie etwas verdienen! (Forts. folgt.)